

Reform des Euratom- Vertrages

Dr. Dörte Fouquet

BBH Rechtsanwälte

3. Treffen der Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg

23. April 2018

Mainz

Kurzprofil BBH



Becker Büttner Held gibt es seit 1991. Bei uns arbeiten Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater – sowie Ingenieure, Berater und weitere Experten in unserer BBH Consulting AG. Wir betreuen über 3.000 Mandanten und sind die führende Kanzlei für die Energie- und Infrastrukturwirtschaft.

BBH ist bekannt als „die“ Stadtwerke-Kanzlei. Wir sind aber auch viel mehr. In Deutschland und auch in Europa. Die dezentralen Versorger, die Industrie, Verkehrsunternehmen, Investoren sowie die Politik, z.B. die Europäische Kommission, die Bundesregierung, die Bundesländer und die öffentlichen Körperschaften, schätzen BBH.

- ▶ rund 250 Berufsträger, rund 550 Mitarbeiter
- ▶ Büros in Berlin, München, Köln, Hamburg, Stuttgart, Erfurt und Brüssel

Dr. Dörte Fouquet



Dr. Dörte Fouquet ist auf Europarecht und internationale Rechtsbeziehungen spezialisiert, mit Schwerpunkt im Wettbewerbs-, Infrastruktur-, Energie- und Umweltrecht und berät insbesondere Unternehmen, Finanzinstitute, Verbände und Regierungsstellen in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten, EU Institutionen und im internationalen Bereich.

- ▶ Studium der Rechtswissenschaften in Marburg und Hamburg
- ▶ 1982 Wissenschaftliche Assistentin, Universität Hamburg
- ▶ 1988 Behörde für Umwelt und Energie, Hamburg
- ▶ 1991 Verbindungsbüro Hamburgs und Schleswig-Holsteins zur Europäischen Kommission in Brüssel
- ▶ 1993 Partnerin der Kanzlei Kuhbier Brüssel
- ▶ Seit 2011 Partnerin bei BBH Brüssel

Rechtsanwältin · Partner

1000 Brüssel, Belgien · Avenue Marnix 28 · Tel +32 (0)2 204 44-12 · doerte.fouquet@bbh-online.be

Agenda

1. Einführung
2. Übersicht
3. Reformversuche in 2002/2004
4. BREXIT und Kernpunkte der EURATOM reform
5. Das Verfahren zur Reform

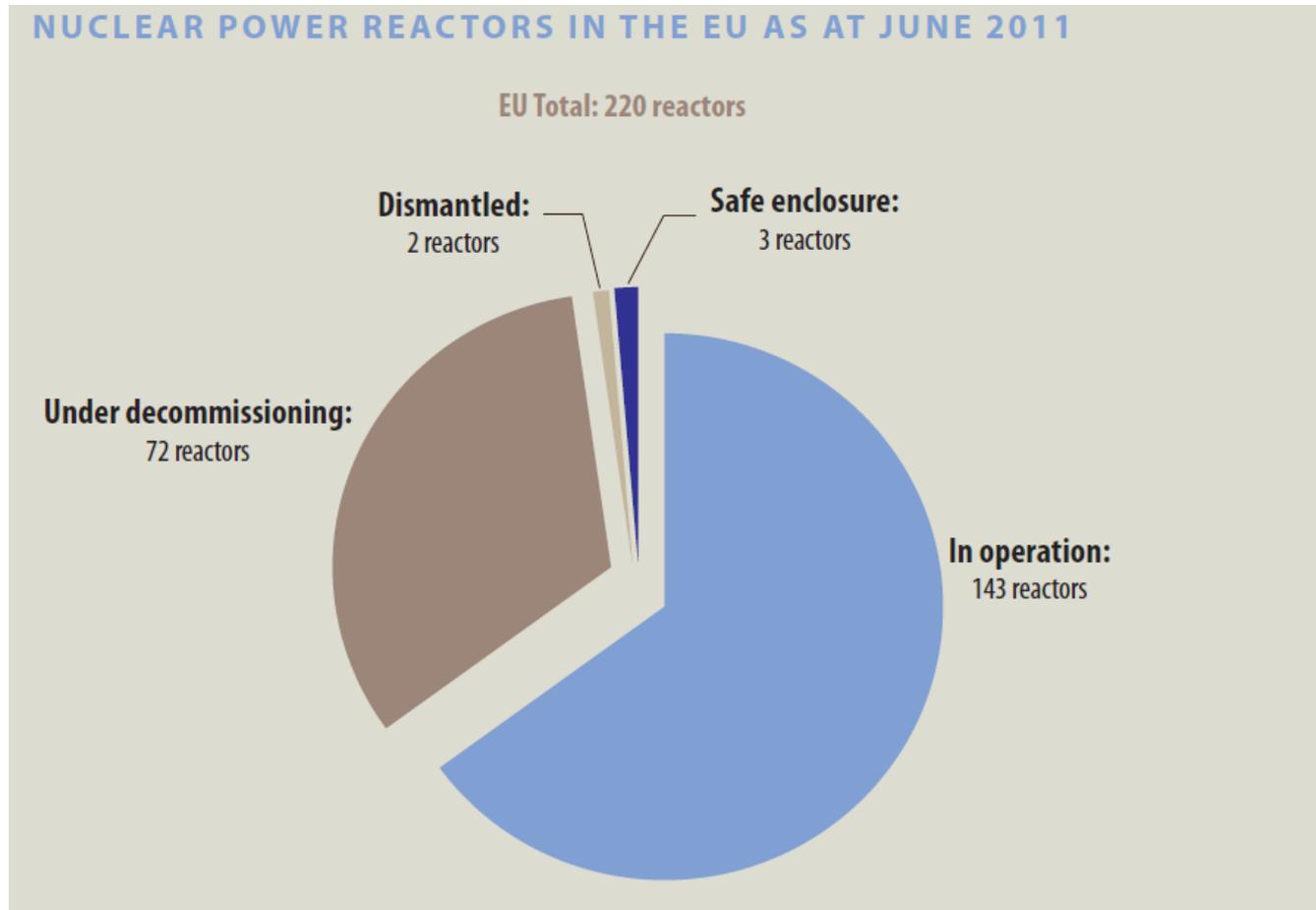
Agenda

1. Einführung
2. Übersicht
3. Reformversuche in 2002/2004
4. BREXIT und Kernpunkte der EURATOM Reform
5. Das Verfahren zur Reform

Einführung

- ▶ Viele EU MS stehen im Angesicht alter AKWs und ihre Industrie bzw. sie selbst tragen finanzielles Risiko im Zusammenhang mit alternden Kraftwerken und den hohen Kosten für sicheren Rückbau und Endlagerung
- ▶ Was EU weit – bis auf Deutschland - fehlt:
 - Klare rechtliche und wirtschaftliche Regeln für die Risikoverteilung in Bezug auf Rückbau und Endlager
 - Deutsche KFK Kommission könnte als Modell von Interesse sein
 - Klare Regeln des Verursacherprinzips notwendig, erst danach kommt öffentliche Mitverantwortung für Rückbau und Endlagerung
 - Beihilferegeln deutlich klären
 - Ohne eine Reform von EURATOM über Vertragsreformprozess wird keine Klarheit erreicht und kein "level playing field"
 - Reformprozess parallel zu BREXIT

Eine Übersicht (Quelle EU Rechnungshof, IAEA) – Etwa 200 alte Reaktoren in der EU



Agenda

1. Einführung
2. Übersicht
3. Reformversuche in 2002/2004
4. BREXIT und Kernpunkte der EURATOM reform
5. Das Verfahren zur Reform

EURATOM Aufgaben und Ziele

- ▶ Förderung der Forschung zur Kernenergie (Art. 2 a) und "...Schaffung der Voraussetzungen für die rasche Errichtung und das Wachstum der Nuklearindustrie" (Art. 1 Abs. 2).
- ▶ Einheitliche Sicherheitsstandards.
- ▶ Gewährleistung der regelmäßigen Versorgung mit Erzen und Kernbrennstoffen.
 - NB: die Europäische Versorgungsagentur hat nie eine wichtige Rolle gespielt.
- ▶ Non- Proliferation.
- ▶ Gewährleistung des freien Kapitalverkehrs für Investitionen in die Kernenergie und die Freizügigkeit von Arbeitsplätzen für Fachleute in diesem Sektor.
- ▶ Gründung gemeinsamer Unternehmen

Die Förderfälle

- ▶ Euratom-Vertrag mit der Verpflichtung der Gemeinschaft, die "Voraussetzungen für die rasche Errichtung und das Wachstum der Nuklearindustrie" zu schaffen, widerspricht dem Erfordernis der Gleichbehandlung von etablierten Stromerzeugungsformen.
- ▶ EURATOM Vorteile für die Nuklearindustrie wie Euratom-Darlehen und ein spezielles Nuklear F&E Programm
- ▶ Persilschein für staatliche Beihilfen für die Nuklearindustrie mit Hinweis auf EURATOM und gemeinsames Interesse.
- ▶ Konträr zu dem Grundprinzip der Liberalisierung der Energiemärkte im Wettbewerbsrahmens des EU-Vertrags

Non Proliferation - unambitioniert

- ▶ EURATOM hat trotz Erwähnung der Nichtverbreitung eine recht beschränkte Rolle im Rahmen der internationalen Entwicklung zur Non Proliferation Treaty gespielt.
 - EURATOM-Gemeinschaft/ die EU ist insbesondere kein Unterzeichner des internationalen Vertrages, lediglich koordinierende Aufgabe für seine EU MS/Schweiz
 - Nach 2000 EURATOM und die EU “suddenly ‘gone into neutral’.
Paradoxically, the Union seems to have gone back to an earlier stage that was dominated by specific joint declarations based on the lowest common denominator. The lack of any search for a European policy and a dynamic consensus that produces new initiatives is particularly striking.”
 - (The European Union and the non-proliferation of nuclear weapons, Camille Grand, 2000)

Das Stigma

- ▶ Euratom-Vertrag trägt das Stigma eines undemokratischen, veralteten Fremdkörpers - behindert die Entwicklung eines offenen, nachhaltigen Energiemarktes in Europa.
- ▶ Wenig gemeinschaftliche Ambitionen der MS
- ▶ Die Organisation der Kernenergie auf der Grundlage des Euratom-Vertrags und der nationalen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten führt zu einer politischen „closed shop“-Mentalität - mit beunruhigenden Folgen für eine demokratische Gesellschaft in Europa
- ▶ Fouquet D (2005) "*The Legal Perspective: the EURATOM Treaty and the new Constitution*" presentation to Energy Intelligence for Europe conference, 23 September, Copenhagen 2003, <http://www.energyintelligenceforEurope.dk>

High time für Reform

- ▶ Höchste Zeit, dass die Bundesrepublik Deutschland ihr im Jahre 2007 dokumentiertes Versprechen für eine Reform des EURATOM-Vertrages in Angriff nimmt.
- ▶ Verbündete auf diesem Weg: Österreich und Luxemburg, Irland sowie Dänemark
- ▶ Aber auch Schweden und Frankreich sowie weitere Staaten aus Mittel- und Osteuropa könnten interessiert sein, wenn die Botschaft klar ist.
- ▶ Insbesondere ,wenn ein EURATOM-Reformprozess verknüpft werden könnte mit spezifischen Programmen zur Sicherstellung einer Finanzierung eines hochwertigen Rückbaus alter Atomkraftwerke in der EU sowie der Endlagerung der Abfälle aus Stilllegung und Rückbau.

Just transition – nicht nur für Kohle sondern auch für Nuklear

- ▶ Begriff, der zur Zeit Beachtung findet, EU Parlament (2017) EU Kommission – Plattform – bezogen auf Kohleregion 11.12.2017 (Kohäsionsprogramm)
- ▶ Die Ende 2017 eingerichtete neue Plattform wird in Kohleregionen die Entwicklung von Projekten und langfristigen Strategien erleichtern, mit dem Ziel, den Übergangsprozess anzukurbeln und die ökologischen und sozialen Herausforderungen zu bewältigen. Sie soll den Übergang zu sauberer Energie fördern, indem ein größerer Schwerpunkt auf soziale Gerechtigkeit, Strukturwandel, neue Fähigkeiten und die Finanzierung der Realwirtschaft gelegt wird.

Agenda

1. Einführung
2. Übersicht
3. Reformversuche in 2002/2004
4. BREXIT und Kernpunkte der EURATOM reform
5. Das Verfahren zur Reform

Wer erinnert sich – die sunset clause?

- ▶ Im Jahr 2000 – das EP ruft in einer Resolution auf, dass EURATOM bis 2007 aufzulösen sei
- ▶ Hätte der Rat dies aufgegriffen, wäre ein klarer Auftrag an den Konvent über die Zukunft der Europäischen Union ermöglicht worden.
- ▶ Mit der Erklärung Nr. 23 zum Vertrag von Nizza beschloss der Europäische Rat von Laeken am 14. und 15. Dezember 2001, einen entsprechenden Konvent einzuberufen, aber übernahm nicht die Sunset-Klausel

Struktur des Konvents und Schicksal der Verfassung

- Vorsitzender (Valéry Giscard d'Estaing), zwei stellvertretende Vorsitzende (Giuliano Amato und Jean-Luc Dehaene), 15 Staats- oder Regierungschefs der Mitgliedstaaten, 30 Mitgliedern der nationalen Parlamente (zwei aus jedem Mitgliedstaat), 16 Mitgliedern des Europäischen Parlaments und zwei Vertreter der Kommission.
 - Bewerberländer durften gleichberechtigt an den Beratungen teilnehmen, konnten einen zwischen den MS erzielten Konsens jedoch nicht blockieren. Insgesamt zählte der Konvent somit 105 Mitglieder.
 - Neben dem Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden umfasste das Präsidium neun Mitglieder des Konvents und einen von den Bewerberländern benannten geladenen Vertreter. Nach 17 Monaten Arbeit präsentiert Konvent Verfassungsentwurf an die IGC /Regierungskonferenz, die Arbeit in Oktober 2003 aufnahm.
 - Politische Einigung im Juni 2004, Signatur bei allen Regierungen in Oktober 2004 = aber kein Erfolg bei Referenden in Frankreich und in den Niederlanden
 - 2005 Reflektionsphase -2007 Kompromiss im Rat zwar nicht mehr für eine Verfassung aber für Reformvertrag -Vertrag von Lissabon 13.12.2007 signiert bei allen MS

Das Penelope-Papier für die Kommission als Beitrag für den Konvent

- Dezember 2002: Arbeitsdokument für die Kommission – eigenes Kapitel/Vorschlag für EURATOM-Reform
- “The Euratom Treaty has been substantially slimmed down by removing a series of provisions which – duplicated those already included in the Constitution (and previously in the Treaty establishing the European Community), i.e. the chapters on the promotion of research and dissemination of information, on the institutions and on external relations; or – were obsolete and had never been applied: this is the case in particular of part of the chapter on supplies, especially the provisions on the right of option on ores and the chapter on property ownership, which has never been applied.

Penelope Paper II

- Conversely, the provisions retained are those on the setting of standards (Chapter III on health and safety) with small adjustments to incorporate nuclear safety, Chapter IV on investments (with more explicit authorisation power), Chapter V on joint undertakings and Chapter VII on safeguards. These chapters, which contain some of the best drafting of the existing treaties, have hardly been changed and are included in an Additional Act.
- Parliament is restored to the institutional system, as it is given the power to adopt, with the Council, “Laws” for basic standards whereas at present it is very much outside the decision-making process. There remain only a few cases where the Council would decide on its own, on a proposal from the Commission, for instance where specific rules concerning the non-disclosure of confidential information apply.”

Vorschlag aus dem Konvent – Leitlinie für neuen Reformversuch

- Title I, Article 1-3 should be deleted. (Nb. :Art. 3 was in the end removed from EURATOM)
- Title II, Chapter 1 (Promotion of Research) and Chapter 2 (Dissemination of Information)- (art. 4-29) should be repealed.
- Title II, Chapter 3 (Health and Safety) (art. 30-39) should be subsumed in the new Constitution “to conform with EU environmental and health legislation in line with similar directive for hazardous activities, based on present article 174 (ECT)”.
- Title II, Chapter 4 (Investment), art. 40-44) as well as corresponding art. 2 c), 173 and 203 should be repealed.
- Title II, Chapter 5 (Joint undertakings) should be repealed.
- Title II, Chapter 6: all provisions “relating to the safeguards and non-proliferation” should be included in a new article , but all other elements of Chapter 6 should be repealed.

Vorschlag aus dem Konvent II

- Stronger safeguards and Non-Proliferation (new): a special article of the Constitution should be established to provide for Nuclear Safeguards and Non-Proliferation.
- Consequently provisions under Title II, Chapter 8 (Property Ownership) (Art. 86-91) should equally be included in a special article on Safeguards and Non-proliferation.
- Title II, Chapter 9 (The Nuclear Common Market) (Art. 92-100) should be repealed.
- Title II, Chapter 10 (External relations) (art. 101-106) should be repealed
- Was auch von diesen Konventmitgliedern nicht angefasst wurde, war das Haftungsregime in der EU

Kein Erfolg für Reform in 2003

- ▶ Reformvorschläge gingen im Endeffekt nicht in den Verfassungsvorschlag des Konvents ein
- ▶ März 2003: Konventspräsidium veröffentlichte Papier 'Suggested approach for the EURATOM Treaty'. Nicht "appropriate" für Konvent " , sich einzulassen auf einen Prozess "to amend the EURATOM Treaty substantially".
- ▶ Einziger Kompromiss: kleine Änderungen eher redaktioneller Art und die "Stand-Alone-Rolle" von EURATOM in der Zukunft
- ▶ Eine Reihe von MS rief 2003 dennoch unmittelbar zu baldigem besonderen Konvent zu EURATOM auf

2004 und die Erklärung der 5 MS

- ▶ Erklärung der Bundesrepublik Deutschland, Irlands, der Republik Ungarn, der Republik Österreich und des Königreichs Schweden No. 54 annexed to the Final Act of the Intergovernmental Conference which adopted the Treaty of Lisbon, signed on 13 December 2007; (Consolidated Version of the Treaty on the Functioning of the European Union, 26.10.2012 Official Journal of the European Union, C 326/47):
- ▶ “Deutschland, Irland, Ungarn, Österreich und Schweden stellen fest, dass die zentralen Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft seit seinem Inkrafttreten in ihrer Substanz nicht geändert worden sind und aktualisiert werden müssen. Daher unterstützen sie den Gedanken einer Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, die so rasch wie möglich einberufen werden sollte.”
- ▶ 2004: die deutsche Bundesregierung:
 - “The purpose of the EURATOM Treaty as adopted against the historical background of the 1950s, namely the promotion of nuclear energy in the European Atomic Energy Community, does not automatically oblige member states to promote the use and development of nuclear energy as a commercial energy source within their territories. It is rather for each member state to decide whether and to what extent it wishes to use nuclear energy, as the technology advances.
http://www.auswaertigesamt.de/EN/Aussenpolitik/GlobaleFragen/Klima/InternationaleOrganisationen_node.html (no longer accessible, last accessed in 2016)

Agenda

1. Einführung
2. Übersicht
3. Reformversuche in 2002/2004
4. BREXIT und Kernpunkte der EURATOM Reform
5. Das Verfahren zur Reform

Der neue 106 a EURATOM – nach Lissabon

- ▶ *Artikel 106 a*
- ▶ (1) Artikel 7, die Artikel 13 bis 19, Artikel 48 Absätze 2 bis 5 und die Artikel 49 und 50 des Vertrags über die Europäische Union, Artikel 15, die Artikel 223 bis 236, die Artikel 237 bis 244, Artikel 245, die Artikel 246 bis 270, die Artikel 272, 273 und 274, die Artikel 277 bis 281, die Artikel 285 bis 304, die Artikel 310 bis 320, die Artikel 322 bis 325 und die Artikel 336, 342 und 344 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie das Protokoll über die Übergangsbestimmungen gelten auch für diesen Vertrag.
- ▶ (2) Im Rahmen dieses Vertrags sind die Bezugnahmen auf die Union, auf den „Vertrag über die Europäische Union“, auf den „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ oder auf die „Verträge“ in den in Absatz 1 aufgeführten Bestimmungen sowie in den Bestimmungen der Protokolle, die den Verträgen sowie diesem Vertrag beigefügt sind, als Bezugnahmen auf die Europäische Atomgemeinschaft und diesen Vertrag zu verstehen.
- ▶ (3) Die Vorschriften des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union beeinträchtigen nicht die Vorschriften dieses Vertrags.

PM Theresa May an Donald Tusk an President Tusk- 29. 3. 2017

- ▶ “...Today, therefore, I am writing to give effect to the democratic decision of the people of the United Kingdom. I hereby notify the European Council in accordance with Article 50(2) of the Treaty on European Union of the United Kingdom's intention to withdraw from the European Union. In addition, in accordance with the same Article 50(2) as applied by Article 106a of the Treaty Establishing the European Atomic Energy Community, I hereby notify the European Council of the United Kingdom's intention to withdraw from the European Atomic Energy Community. References in this letter to the European Union should therefore be taken to include a reference to the European Atomic Energy Community...”

EU Kommission und die Frage des einseitigen Ausstiegs aus EURATOM–

- ▶ “..According to Article 50 of the Treaty on European Union, any Member State may decide to withdraw from the European Union in accordance with its own constitutional requirements. This Article also applies to the European Atomic Energy Community (Article 106a Euratom Treaty). The EU and EURATOM share the same institutions, the same budget and staff, and are designed to function together with the same number of Member States. Hence, there appears to be no ‘à la carte’ withdrawal only from the Euratom Treaty.....”
 - E-8740/2010 6 December 2010; Answer given by Commissioner Oettinger on behalf of the Commission/ to E-8740/2010, Parliamentary questions 26 October 2010 - Question for written answer to the Commission/Rule 117, Franz Obermayr (NI).

EURATOM und Rückbau

- ▶ Vollkommen taub und stumm im Bereich Rückbau, Endlager, sichere Zwischenlager und Verursacherprinzip
- ▶ Sekundärrecht, insbesondere Ratsverordnung zum Rückbau in Osteuropa gibt es, aber diese sind fast immer auf speziellen bilateralen Abkommen im Zusammenhang mit dem EU Beitritt gestützt – mit einer Ausnahme, bei der die Verordnung auf Art. 203 EURATOM beruhte :
 - Artikel 203: erscheint ein Tätigwerden der Gemeinschaft erforderlich, um eines ihrer Ziele zu verwirklichen, und sind in diesem Vertrag die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen, so erlässt der Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments die geeigneten Vorschriften.

Rückbau Osteuropa über Verordnungen

- ▶ **COUNCIL REGULATION (EURATOM) No 1368/2013 of 13 December 2013 on Union support for the nuclear decommissioning assistance programmes in Bulgaria and Slovakia, and repealing Regulations (Euratom) No 549/2007 and (Euratom) No 647/2010**
 - “THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,
 - Having regard to the Treaty establishing the European Atomic Energy Community, and in particular Article 203 thereof....”

- ▶ **COUNCIL REGULATION (EURATOM) No 1369/2013 of 13 December 2013 on Union support for the nuclear decommissioning assistance programme in Lithuania, and repealing Regulation (EC) No 1990/2006**
 - “THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,
 - Having regard to the 2003 Act of Accession, and in particular Article 56 thereof and Protocol No 4 thereto,....”

Step by Step – eine gute inhaltliche Vorbereitung

- ▶ EP muss Überblick erstellen, um Stück für Stück alle Hauptregelwerke des Sekundärrechts mit den Schlüsselartikeln von EURATOM zu vergleichen.
- ▶ Rechtsprechung des EuGH zum Vergleich notwendig zu beachten.
- ▶ SWOT Analyse

Die wesentlichen Reformbedürfnisse

- ▶ Einfach ist zu entscheiden:
 - Alle Förderaspekte und Suggestion von gemeinschaftlichen Europäischen Interesse müssen entfernt werden
 - Eine Präambel mit dem höchsten Emissionsschutz und Nichtverbreitung, strengster Aufsicht und strengster Haftung als Richtschnur
 - F&E-Unterstützung soll in die allgemeinen Bestimmungen des Vertrags und in die volle Kontrolle des Europäischen Parlaments verlagert werden
 - Umfassende Mitentscheidungsverfahren wird als striktes Prinzip mit einer Verfallsklausel für die vollständige Überprüfung des abgeleiteten Rechts eingeführt, um eine größere Rolle des EP zu erreichen
- ▶ Schwieriger zu entscheiden:
 - Wie kann man Kompetenzen erweitern/neue Kompetenzen einführen und wie ist das etablierte Regelwerk der nachrangigeren Gesetze und Verordnungen zu behandeln?

Besondere Notwendigkeiten

- Ein starkes Strahlenschutz- und Non-Proliferation-Regime auf hohem Niveau
- Eine echte europäische Aufsichtsbehörde für nukleare Sicherheit und Aufsichtsbehörden, die die Kernkraftwerke abdecken, Zwischen- und Endlagerung im Rahmen eines einheitlichen Rechtsrahmens
- In diesem Bereich müssen wir ein gutes Kräftegleichgewicht und einen guten Kooperationsmechanismus zwischen der europäischen und nationalen nuklearen Aufsicht schaffen, mit viel Spielraum für die nationale Regulierung, aber auf einer sehr strengen Ebene und mit der Verpflichtung zur Überwachung und Kontrolle auf EU-Ebene unter strikter Transparenz
- Ein einheitliches und vollständiges Europäisches Haftungsregime im Rahmen von EURATOM

Besondere Notwendigkeiten(II)

- Klare Regeln für eine gemeinsame, verpflichtende Beaufsichtigung von Kernkraftwerken in einem bestimmten Umkreis zu Nachbarländern
- Strenge Bindung von EURATOM mit ESPOO- und Aarhus-Regeln
- Strenge Regeln zur vollsten Lebenszyklus-Verantwortung von Eigentümern oder ehemaligen Eigentümern von Kernkraftwerken-Verursacher Prinzip festzulegen

Blueprint des Vergleichs der Prinzipien aus dem Sekundärrecht mit Lücken in EURATOM -

EURATOM Article (used as base for secondary legislation)	Directive/Regulation/etc.	Transparency, Control sanction established	Necessary in Euratom or Transfer under clarification to EU Treaty	Reform needs for EURATOM Treaty	Reform needs for secondary legislation	Sunset provision for reform of secondary
Articles 31 and 32 (Consequence Art. 33 for MS's enforcement and following definitions under Art. 30))	<u>Council Directive 2009/71/Euratom</u> of 25 June 2009 establishing a Community framework for the nuclear safety of nuclear installations amended by: <u>Council Directive 2014/87/Euratom</u> of 8 July 2014 amending <u>Directive 2009/71/Euratom</u> establishing a Community framework for the nuclear safety of nuclear installations	not fully	yes	Not fully aligned with ESPOO Aarhus: overlapping to the detriment of clear application of Aarhus and ESPOO. Art. 34 needs clear link to right of neighbouring and third States for involvement and respect of ESPOO and Aarhus	yes	2020

Agenda

1. Einführung
2. Übersicht
3. Reformversuche in 2002/2004
4. BREXIT und Kernpunkte der EURATOM reform
5. Das Verfahren zur Reform

EURATOM Reform: Verfahren

- EURATOM als völkerrechtlicher Vertrag ist prinzipiell durch Änderungsvertrag zu reformieren, der dann ebenfalls den Rang völkerrechtlicher Verträge hat.
- Regierungskonferenz (RK) als Konferenz der Vertreter der Regierungen der MS zur Abstimmung über Vertragsänderungen. (Auch 'intergovernmental conferences' (IGC) genannt .
- Seit Lissabon 2009 "ordentliches Änderungsverfahren" , nicht mehr "IGC", <http://www.consilium.europa.eu/de/documents-publications/intergovernmental-conferences/>

Ordentliches Änderungsverfahren – ex IGC

- Jeder MS, die Kommission oder das Europäische Parlament können dem Rat einen Vorschlag für Vertragsänderungen unterbreiten, der diesen wiederum dem Europäischen Rat vorlegt. Die nationalen Parlamente werden darüber unterrichtet.
 - Wenn die **Mehrheit der MS** im Europäischen Rat die Prüfung der vorgeschlagenen Vertragsänderungen befürwortet, beruft der Präsident des Europäischen Rates einen "**Konvent**" ein. Das Europäische Parlament und die Kommission werden zuvor gehört. Bei Währungsangelegenheiten wird die Europäische Zentralbank gehört.
- Der Konvent, aus **Vertretern der nationalen Parlamente, der Staats- und Regierungschefs, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission**, erörtert die Entwürfe der Vertragsänderungen. Seine Empfehlungen, die im Konsensverfahren angenommen werden, gehen dann an die RK.
 - Wenn die vorgeschlagenen Änderungen die Einberufung eines Konvents nicht rechtfertigen, kann der Europäische Rat alternativ mit einfacher Mehrheit – nach Zustimmung des Europäischen Parlaments – beschließen, keinen Konvent abzuhalten, und das Mandat für die RK selbst festlegen.
- Die vom Präsidenten des Europäischen Rates einberufene RK beschließt Vertragsänderungen **einstimmig**.

Thank you very much
for your attention.

Dr.Dörte Fouquet, BBH Brussels
0032 2 204 44 11
doerte.fouquet@bbh-online.be
www.bbh-online.de